

Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Sekretariat
der Kommission für Umwelt,
Raumplanung und Energie
Parlamentdienste
3003 Bern

23. Oktober 2006

**02.418 n Parlamentarische Initiative. Fluglärm. Verfahrensgarantien (Hegetschweiler)
Vernehmlassung zum Vorentwurf der Kommission**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte

Sie haben uns eingeladen, uns zum Vorentwurf der UREK zu Änderungen des Enteignungsgesetzes (EntG) sowie des Luftfahrtgesetzes (LFG) vernehmen zu lassen. Wir folgen der Einladung gerne und äussern uns wie folgt:

Mit der angestrebten Teilrevision dieser Bundesgesetze soll den Betroffenen der Weg zu Entschädigungen für Minderwerte, welche sie v.a. bei Änderung der Betriebsreglemente der Flughäfen und den daraus resultierenden Lärmimmissionen erleiden, geöffnet werden. Dieser Weg ist den Betroffenen heute aufgrund der bundesgerichtlichen Praxis, nach welcher Ansprüche beim ersten Planaufbaugeschäft zu erheben sind und ansonsten verjähren, vielfach verschlossen, was zu stossenden Ergebnissen führen kann. Wir begrüssen deshalb grundsätzlich die Stossrichtung der vorgeschlagenen Änderungen.

Der Kanton Solothurn kann von den vorgeschlagenen Änderungen in verschiedener Hinsicht betroffen sein. Nachdem Richtwert-Überschreitungen beim Regionalflugplatz Jura-Grenchen als wenig wahrscheinlich erscheinen, ist der Kanton Solothurn in erster Linie von möglichen Änderungen des An- und Abflugsregimes des Flughafens Basel-Müllhausen tangiert. Hier können Änderungen des Betriebsreglementes (Südanflüge) erhöhte Lärmimmissionen auf solothurnischem Kantonsgebiet (v.a. in den Bezirken Dorneck, Thierstein und Thal) verursachen. Nach dem neu vorgeschlagenen Art. 36g Absatz 3 LFG sollen die betroffenen Gemeinden ihre Anliegen mit Einsprache wahren können. Dasselbe muss für die betroffenen Kantone gelten. Wir beantragen deshalb, dass den Kantonen das Einspracherecht auch explizit eingeräumt wird. Das Gesetz (insb. Art. 36g Absatz 3) ist entsprechend zu ergänzen.

Wir laden Sie ein, unsere Überlegungen bei der weiteren Behandlung der Vorlage zu berücksichtigen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Christian Wanner
Landammann

sig.
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber